

1 Kreistagsfraktion B90/Grüne zum Haushalt 2026

2 7. November 2025 - Rede-Schriftfassung

3

4 Sehr geehrter Herr Landrat Möller,

5 meine sehr geehrten Damen und Herren der Kreisverwaltung,

6 der Alb Fils Klinik,

7 sehr geehrte Damen und Herren unserer Kreisschulen,

8 sehr geehrte Mitarbeitende des Landkreises -

9 liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag,

10 sehr geehrte, liebe Bürgerinnen und Bürger,

11

12 die diesjährige Haushaltseinbringung hat wohl die längste Vorgeschichte in

13 unserem Landkreis. In zeitlicher Hinsicht haben die Verwaltung und auch wir

14 Kreisrätinnen und Kreisräte im Februar bereits damit begonnen, uns mit

15 Konsolidierungsmaßnahmen zu beschäftigen, um wieder eine stabile Basis für

16 unseren Haushalt zu finden.

17 Warum ist es diesmal besonders herausfordernd?

18 Unbestritten ist, dass die Aufgabenvielfalt der Kreisverwaltung und die Tiefe

19 der Herausforderungen und Probleme im Sozialbereich und auf allen

20 kommunalen Ebenen extrem zugenommen haben. Diese Krise betrifft nahezu

21 die gesamte kommunale Ebene – Städte, Gemeinden

22 und Landkreise, unabhängig von Größe oder politischen Mehrheiten. Es
23 handelt sich um eine strukturelle Krise!

24 Die Kommunen tragen ein Viertel der staatlichen Aufgaben, erhalten aber nur
25 ein Siebtel der Steuereinnahmen. Hier liegt ein großes Missverhältnis vor!

26 Zudem sind die Kommunalfinanzen stark abhängig von externen
27 gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren und Entwicklungen,
28 auf die wir selbst kaum Einfluss nehmen können.

29 Diese Abhängigkeit wirkt sich aktuell besonders negativ aus und gefährdet
30 unser Modell leistungsfähiger Kommunen als Fundament des demokratischen
31 föderalen Staates.

32 Kommunen sind das Rückgrat unserer Demokratie! Hier erleben unsere
33 Bürgerinnen und Bürger den Staat, seine Leistungen und im besten Fall -
34 Leistungsfähigkeit, - unmittelbar - von der Kita über das Schwimmbad bis zur
35 Kultur, vom Radwegenetz über den Straßenbau bis hin zum ÖPNV, vom
36 Jugendtreff über das Gesundheitswesen bis zu unserem Krankenhaus.

37 Die Notlage der Finanzen auf kommunaler Ebene hat also ein ganzes Bündel
38 an Akteuren zu verantworten, verstärkt durch externe Faktoren auf
39 Bundesebene, aber auch weit darüber hinaus. Unsere weltpolitische Lage und
40 die Auswirkungen auf Europa und die Bundesrepublik kennen Sie!

41 Und deshalb:

42 Herr Landrat Möller, Sie haben die Frage aufgeworfen: Was für ein Landkreis
43 wollen wir sein? Wir hätten bei dieser Fragestellung mehrere Optionen von

44 Ihrer Seite und eine Auswahl erwartet, Sie haben uns aber mit ihrem Haushalt
45 nur eine Variante präsentiert: Ein radikales Kürzungsprogramm, das in Kauf
46 nimmt, dass, gerade auch im sozialen Bereich, Strukturen zerstört werden, die
47 über viele Jahrzehnte mit viel Arbeit, Einsatz und Herzblut aufgebaut und
48 gepflegt wurden. Ein Landkreis, der sich in vielen Bereichen des Lebens
49 zurückzieht, erzeugt Unsicherheit und Vakuum und riskiert, seine Bürgerinnen
50 und Bürger in Not- und Ausnahmesituationen alleine zu lassen.

51 Bei Ihrer Einbringung der Haushaltskonsolidierung, erkennen wir keinen
52 kooperativen Prozess, nein viele sehen das Prozedere eher als konfrontatives
53 Verfahren, um rasch Kürzungen umsetzen zu können.

54 Unser Landkreis würde sozial ärmer, weniger bürgerinnen- und bürgernah,
55 schwächer, ungerechter.

56 Dieses Zukunftsbild unseres Landkreises, eine Dystopie- lehnen wir
57 entschieden ab!

58 Wir wollen mit Bestimmtheit kein Landkreis sein, der seine Bürgerinnen und
59 Bürger und mitunter auch die Schwächsten unter Ihnen, seine Kinder und
60 Jugendlichen - seine Zukunft kläglich im Stich lässt! Gerade dann, wenn sie es
61 am Meisten brauchen, wie aktuelle Studien- und Jugendstudien belegen!
62 (bspw. die aktuelle repräsentative bundesweite "COPSY Studie" des
63 Universitätsklinikums HH-Eppendorf vom Herbst 2024).

64 Wenn es gelingt, ein Kind oder eine Jugendliche, einen Jugendlichen, durch
65 gezielte Hilfen fit fürs Leben zu machen, spart dies ungeheure Kosten,

66 ungleich mehr an Einsparung, als wenn dieser Mensch als Erwachsener
67 dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen wäre.
68 Was brauchen die Menschen im Landkreis, um gesund und zufrieden zu sein?
69 Damit ihr individuelles Leben gelingen kann? Dies müssen für uns zentrale
70 Fragen unserer Überlegungen und unser Handlungs- Kompass sein!
71 Kürzungen, die die Strukturen unwiederbringlich niederreißen, sind nicht der
72 Weg in die Zukunft, wie wir ihn verantworten können!
73 In der Jugendhilfe steigen die Belastungsfaktoren, nicht nur durch Corona und
74 die schon belastete Gesellschaft insgesamt. Überlegen Sie einmal, mit
75 welchen gravierenden Krisen Kinder und Jugendliche, die heute aufwachsen,
76 konfrontiert sind: Fluchtbewegungen, Corona, Krieg in Europa, Klima.
77 Vergleichen Sie das einmal mit Ihrer Kinder- und Jugendzeit. Dass Hilfebedarf
78 vorhanden ist, sollte niemanden überraschen.
79 Der Landkreis hat eine herausfordernde Sozialstruktur und im Vergleich
80 trotzdem unterdurchschnittliche Sozialausgaben, weil präventive Angebote
81 wirken. Unbeeinflusst davon, wie oft Sie, aus anderen-Fraktionen oder Sie,
82 Herr Landrat Möller das in Frage stellen sollten, wissenschaftlich, ist auch die
83 positive Auswirkung von Prävention sehr gut belegt. Aktuelle Beispiele aus
84 Stuttgart zeigen: Von drei Projekten erwirtschaftet eines auf Sicht von 20
85 Jahren den dreifachen Ertrag im Verhältnis zu seinen Kosten. Ein Anderes
86 begann nach vier Jahren, sich zu rentieren und ein drittes sparte bereits im
87 ersten Jahr deutlich mehr ein, als es kostete.

88 "Social Return of Investment", (der gesellschaftliche Mehrwert, der durch
89 soziale Investitionen entsteht,) muss das Ziel sein. (nachzulesen in der
90 brandaktuellen Studie des – Instituts für europäische Gesundheits- und
91 Sozialwirtschaft (IEGUS) im Auftrag der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart
92 (eva)) zeigt: Investitionen in soziale Angebote entlasten öffentliche Haushalte,
93 schaffen Perspektiven und stabilisieren ganze Lebensverläufe. Weitere
94 repräsentative Studien, wie bspw. jene von 2024 von Prof. Dr. Zerth, der
95 katholischen Universität Eichstätt- Ingolstadt konnte "*mehrere monetäre
96 Wirkungskanäle aufzeigen und dabei nachzeichnen, dass ein Euro an
97 Sozialausgaben neben der Finanzierung des unmittelbaren Hilfe Ziels weitere
98 gesellschaftliche relevante Wirkungen mit sich bringt.*"
99 Wir halten die vorgeschlagenen Kürzungen im Sozialbereich für
100 kontraproduktiv. Durch die Streichung jetzt, kommen kurz- bis mittelfristig
101 höhere Kosten auf den Landkreis zu, dann definitiv in Form von
102 Pflichtaufgaben! Dann heißt es plötzlich „*jetzt muss man*“.
103 Auch im sozialen Bereich verschließen wir uns der Notwendigkeit einer
104 Haushaltskonsolidierung nicht, aber planvoll und ausgewogen, mit Augenmaß
105 und Weitblick, – an Bedarfen und Notwendigkeiten orientiert!
106 Mit unseren Haushalts-Anträgen fordern wir daher die Wiederaufnahme der
107 Mittel für Aufgaben und Strukturen, die wir für das Funktionieren des sozialen
108 Bereichs für unabdingbar halten: die Schulsozialarbeit, die Familientreffs, die
109 Suchtberatung, die Offene Kinder- und Jugendarbeit, die Ehe- und

110 Familienberatungsstelle in Geislingen und in Göppingen, für die
111 Schwangerschaftskonfliktberatung in Göppingen und für die Schulbibliothek
112 des Berufsschulzentrums an der Öde. Nicht umsonst handelt es sich um
113 weisungsfreie Pflichtaufgaben, die in einem angemessenen Umfang erfüllt und
114 angemessen finanziert werden müssen. Ausreichend bedeutet *nicht*, sehr
115 wenig oder gar nichts.

116 Wir beantragen die Wiederaufnahme weiterer Mittel in den Haushaltsentwurf
117 2026; aus Gründen des Umfangs verweise ich auf unsere Haushaltsanträge.
118 Hier können Sie alles dezidiert nachlesen.

119 Auch weitere bedeutsame mittel- und langfristige Ziele, die für den
120 Gesunderhalt des Landkreises unbedingt notwendig sind, wie Ressourcen-
121 und Klimaschutz, ökologische Transformation, müssen im Blick bleiben. Hier
122 darf es maximal die ein oder andere Verschiebung auf der nahen Zeitachse
123 bei diesen so wichtigen Querschnittsthemen geben.

124 Bei den Schulen ist jede Investition wichtig, insbesondere jene in die jungen
125 Menschen selbst, weil sie befähigt werden, die Schule erfolgreich zu
126 durchlaufen und danach dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zur Verfügung zu
127 stehen. In Zeiten von Personal- und Fachkräftemangel und für das Gelingen
128 der individuellen Biografien unabdingbar.

129 Wir freuen uns auch, dass die Landesregierung der Kommunalen Familie mit
130 dem Mobilitätspass im Landes-Mobilitätsgesetz ein verlässliches, nachhaltiges
131 und soziales Mittel an die Hand gibt, um das ÖPNV-Angebot vor Ort

132 bedarfsgerecht zu verbessern, den Bürgerinnen und Bürgern damit auch
133 finanziell den Umstieg auf Bus und Bahn zu erleichtern, Klima und
134 Straßennetz zu entlasten, ohne in Zukunft den Kreishaushalt zu belasten. Wir
135 beantragen daher die unverzügliche Vorbereitung der Einführung eines
136 Mobilitätspasses im Landkreis Göppingen; das Land fördert sogar den
137 Verwaltungsaufwand! Die Willenserklärung, sich damit zu beschäftigen, muss
138 bereits bis zum 15.11.2025 gegenüber dem Verkehrsministerium abgegeben
139 werden. Wir beantragen, diese Frist in jedem Fall einzuhalten!

140 Unser Klinikum versucht alles, um die Haushaltskonsolidierung zu
141 unterstützen, aber auch hier sind die Rahmenbedingungen schwer. Frau Warken,
142 die Bundesgesundheitsministerin, hat gerade 1,4 Milliarden von zugesagten
143 Mittel wieder zurückgenommen. Auch das wird sich in den einzelnen
144 Kommunen wieder nachteilig auswirken.

145 Auskömmliche Krankenhausfinanzierung ist seit Jahren versprochen worden,
146 wird aber leider nicht entsprechend umgesetzt. Nur noch wenige
147 Krankenhäuser schreiben schwarze Zahlen. Es ist nicht Aufgabe der
148 Kommunen und Kreise, das Gesundheitssystem und eine flächendeckende
149 medizinische Versorgung dauerhaft mit Millionenbeträgen zu stützen. Dennoch
150 müssen wir nun jährlich hohe zweistellige Millionenbeträge aufbringen, um die
151 medizinische Versorgung sicherzustellen.

152 Die bestehenden Regelungen zwischen Bund, Land und Kommunen reichen

153 nicht aus. Konnexität muss so gestaltet sein, dass Zahlungsverpflichtungen
154 nicht umgangen werden können.

155 Herr Landrat, Sie stellen die Situation dar, als seien Ihre Kürzungsvorschläge
156 absolut unausweichlich. Wir vermissen aber die Suche nach Lösungswegen,
157 die sowohl einen genehmigungsfähigen Haushalt, als auch die Verhinderung
158 des Sozialen Kahlschlages vereinen!

159 Beispielsweise haben wir in den finanziell guten Jahren 2018 – 2021
160 „Rücklagen“ im Basiskapital angespart. Auch Sie, Herr Kreiskämmerer Haas,
161 haben uns damals zu verstehen gegeben, dass dies ein Weg sei, um für
162 schwere Zeiten vorzusorgen. Wir haben *daraufhin zugestimmt* umzubuchen.

163 Die schweren Zeiten sind jetzt da, die Buchungen gegen unser Basiskapital
164 sind ein Weg, der nun früher eingeschlagen werden muss! Andere Landkreise
165 gehen diesen Weg. Das Basiskapital ist kein unerschöpfliches Füllhorn, aber
166 es hilft uns ein wichtiges Stückchen weiter. Wir beantragen daher, dass
167 untersucht wird, wie Mittels der Rückbuchung aus dem Basiskapital aus den
168 o.g. Jahren, die Finanzen/Rücklagen in den Jahren 26/27 stabilisiert werden
169 können.

170 Den Ansatz im Personalbudget der Verwaltung zu kürzen tragen wir mit, auch
171 wenn dies sehr sehr schmerhaft ist, auch hinsichtlich des künftigen Services
172 für die Bürgerinnen und Bürger.

173 Bund und Land brauchen von uns aber auch ein klares Zeichen, dass es so
174 nicht weitergeht, dass man die Landkreise nicht “verhungern lassen kann”.

175 Wir haben bei den Anträgen auch positive Einnahmen angesetzt und sind
176 gespannt, was die anderen Fraktionen hier noch für Ideen haben.
177 Für die Kreisumlage gilt heute, dass wir noch nicht genau wissen wie wir damit
178 umzugehen haben, nur so viel –
179 bei einer jetzigen Planung durch die Verwaltung für die Jahre 2028/29, von 38
180 Punkten, wäre es durchaus denkbar, eine sehr moderate Steigerung heute
181 schon anzudenken und dann in kleinen Schritten, bis ins Jahr 2029 oder 2030
182 erst bei 38,5 Punkten zu stehen.
183 Wir haben schwierige Entscheidungen vor uns. Jede und jeder hier sollte sich
184 bewusst sein, dass das, was wir hier beschließen, teilweise einschneidende
185 Auswirkungen auf die Menschen im Landkreis hat. Jeder hier sollte sich
186 Gedanken machen, ob sie oder er die Kürzungen im Sozialbereich mittragen
187 will, oder ob wir als Kreistag gemeinsam bessere Lösungen finden sollten.
188 Lösungen, die sowohl einen genehmigungsfähigen Haushalt, als auch die
189 Verhinderung des Sozialen Kahlschlages vereinen.
190
191 Unsere Fraktion danken wir für die Unterstützung in diesem schwierigen
192 Prozess der Haushaltsanträge für die gute und produktive Zusammenarbeit
193 und das Vertrauen.
194

195 Schließen möchte ich gerne mit einem Zitat des spanischen Schriftstellers und
196 Politikers Antonio Gala: " Jeder Fortschritt, der nicht menschlich ist, ist kein
197 Fortschritt!"

198 Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!

199

200

201 gez. Sabine Daunderer und Hans Zeeb,
202 Fraktionsvorsitzende der Landkreis-Fraktion
203 Bündnis 90/ die Grünen, Göppingen

Nr.	Frage	Fraktion		
	Unsere Anträge beziehen sich auf Maßnahmen der öffentlichen Konsolidierungsliste und sind entsprechend nummeriert.			
5	Wir beantragen die Wiederaufnahme der Mittel in Höhe von 780.000 € für die Schulsozialarbeit. Die Schulsozialarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Die hohe Wirksamkeit der zielgerichteten Unterstützung direkt an der Schule ist gut belegt (siehe dazu BU_2025_029).	Grüne		
6	Wir beantragen die Wiederaufnahme der Mittel in Höhe von 555.000 € für die Familientreffs. Im Laufe des Jahres 2026 soll im Rahmen der Jugendhilfeplanung geprüft werden, ob und in wieweit Synergien bestehen und Finanzmittel eingespart werden können. Dies erfordert eine fundierte Analyse der Bedarfe und Wirkungen.	Grüne		
7	Wir beantragen die Wiederaufnahmen der Mittel in Höhe von 527.680 € für die Suchtberatungsstelle. Dafür Sorge zu tragen, dass es eine angemessen ausgestattete Anlaufstelle für Menschen mit Suchtproblemen gibt ist eine Pflichtaufgabe des Landkreises.	Grüne		
8	Wir beantragen die Wiederaufnahmen der Mittel in Höhe von 525.000 € für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Im Rahmen der Jugendhilfeplanung soll im Laufe der ersten Jahreshälfte des Jahres 2026 geprüft werden, wo eventuell Bedarfe angepasst werden können. Durch den Ausbau der Ganztagesbetreuung könnten sich Potentiale ergeben. Wichtig ist aber auch Jugendliche außerhalb der Schule nicht zu vernachlässigen.	Grüne		
14	Wir beantragen die Wiederaufnahmen der Mittel in Höhe von 483.800 € für die Ehe- und Erziehungsberatungsstelle Geislingen. Für Familien und Paare in Notsituationen ist Hilfe in Not unverzichtbar.	Grüne		
19	Wir beantragen die Wiederaufnahme der Mitteln in Höhe von 147.500 € in den Haushalt für den den Kreisjugendring. Es handelt sich um eine weisungsfreie Pflichtaufgabe, bei der wir kein weiteres Streichungspotential sehen. Aufgabenkritik mit Wirkungsanalyse innerhalb der Jugendhilfeplanung in 2026.	Grüne		
30	Wir beantragen die Wiederaufnahmen der Mittel in Höhe von 96.884 € für die Psychologische Familien- und Lebensberatungsstelle in Göppingen. Menschen in Notlagen brauchen Hilfe	Grüne		
37	Wir beantragen die Rücknahme der Kürzungen der Schulsozialarbeit an den landkreiseigenen Schulen. Der Beratungsbedarf ist steigend, eine Kürzung erscheint uns nicht als angemessene Reaktion darauf.	Grüne		
50	Wir beantragen die Wiederaufnahmen der Mittel in Höhe von 39.630 € für die Schwangerschaftskonfliktberatung in Göppingen. Eine wohnortnahe Beratung ohne enorme Wartezeiten ist für die Betroffenen wichtig.	Grüne		

Begründung bzw. Fragen/Antrag zur Klärung				
	Betrachtet man die rechtliche Seite, so sehen wir auch hier gravierende Argumente für einen Beibehaltung der Zuschüsse: Soll-Vorschriften bedeuten in der Regel ein „Muss“. So kann weder in der Gesetzesbestimmung des § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII noch in der des §13a Schulsozialarbeit von einer Freiwilligkeitsleistung gesprochen werden. Es handelt sich unzweifelhaft um eine klare und eindeutige objektiv-rechtliche Leistungsverpflichtung des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe, diese Angebote entsprechend dem Bedarf zur Verfügung zu stellen oder dafür zu sorgen, dass Angebote in entsprechendem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf wurde seitens der Beschlüsse zur Jugendhilfeplanung nach §80 SGB VIII zuletzt in 2023 bestätigt. Es wäre eindeutig gesetzeswidrig, wenn ab 2026 keine oder nur unzureichende Angebote unterbreitet oder unterstützt würden. Die bedarfsauslösenden Faktoren haben sich seither eher verschlechtert als verbessert, schaut man z.B. auf die steigende Anzahl der psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, die Verschlechterung bei den Sozialbelastungsfaktoren.			
G0	Antrag/Bericht auf Untersuchung der Wirkung auf den Haushalt. Folge aller geplanten Einsparmaßnahmen im Sozialbereich. Im Jahr 2026			
4	Wir beantragen die Sanierung der Westfassade des LRA GP Lorcher Straße priorisiert in Angriff zu nehmen. Prüfung: Stehen dafür Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz zur Verfügung.	Grüne		
9	Wir beantragen, die Dachsanierung des Gebäudes Wilhelm-Busch-Weg1 priorisiert in Angriff zu nehmen. Prüfung: Stehen dafür Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz zur Verfügung.	Grüne		
10	Wir beantragen, die Dachsanierung der Umkleiden der Wölkhalle priorisiert in Angriff zu nehmen. Prüfung: Stehen dafür Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz zur Verfügung.	Grüne		
15	Wir beantragen, die Maßnahmen Bauunterhalt mit mittlerer Priorität 2026 in Angriff zu nehmen.	Grüne		
16	Zur besseren Umsetzung verkehrsrechtlicher Maßnahmen, zur Unfallverhinderung und zur Unsetzung von Lärmschutzmaßnahmen unterstützen wir die Maßnahme 16. Wir beantragen zusätzlich die Anschaffung <u>eines dritten</u> Enforcement-Trailers. Bürger:innen haben immer wieder das Gefühl, die Einhaltung der bestehenden Vorschriften wird nicht ausreichend umgesetzt, hierzu sollen der Landkreisverwaltung die entsprechenden Möglichkeiten an die Hand gegeben werden. Auch ist der Wunsch der Kommunen, da hier mehr Unterstützung zu bekommen.	Grüne		
21	Wir beantragen die Wiederaufnahmen der Mittel in Höhe von 190.000 € für den Weiterbetrieb der Schulbibliothek im Berufschulzentrum Göppingen. Die geplante Neumöblierung kann in der aktuellen Situation zurückgestellt werden. Wir erkennen die Bedeutung des Lernortes Bibliothek für die Ausbildung der Berufsschüler:innen an. Fachliteratur für Spezialbereiche ist teuer und lässt sich nicht mal schnell im Internet finden. Das Schulamt ist aufgefordert im Laufe des Jahres 2026 mit dem BSZ GP nach Lösungen zu suchen, wie die Bibliothek kostengünstiger betrieben werden kann.	Grüne		
77	Wir beantragen die Wiederaufnahme der Mittel in Höhe von 2.100 € für die fortgesetzte Teilnahme am Deer-Carsharingangebot. Die geringe Einsparung ist es nicht wert nicht mehr als Förderer des sinnvollen Projektes von Deer wahrgenommen zu werden.	Grüne		

	Anträge die nicht im Zusammenhang mit den Konsolidierungslisten stehen. G - Grüne B90 die Grünen		
G1	Wir beantragen die Projektmittel im Budget der Tourismusförderung in Höhe von 54.000€ dauerhaft um 50% zu kürzen.	Grüne	
G2	Wir beantragen für 2026 eine Prüfung, in wieweit im Bereich der Altenhilfefachberatung und der Pflegestützpunkt Synergieeffekte erzielt werden können. Hierzu ist eine Aufgabenkritik und Bedarfsprüfung der teils doppelten Strukturen notwendig.	Grüne	
G3	Prüfung und/bzw. Machbarkeitsstudie zu einer PV-Überdachung an den PKW u. Fahrrad-Abstellplätzen in Verbindung mit E-Ladesäulen für Autos und Zweiräder an den Berufschulzentren Göppingen und Geislingen.	Grüne	
G4	Die Verwaltung wird beauftragt im Kontext der VVS-Rider-Evaluation alternative/bessere Lösungen für das gesamte On-Demand-System, inkl. Klinik-Shuttle, zu prüfen. Hier wäre besonders der BW-Rider zu berücksichtigen. Dieser verfügt, im Gegensatz zum VVS-Rider, über eine ausgereiftere Software und bietet, durch die Berücksichtigung lokaler Taxiunternehmen, mehr Flexibilität in der Verfügbarkeit von Fahrzeugen und reduziert die notwendigen Leerfahrten.	Grüne	
G5	Antrag: zu untersuchen wie durch Rückbuchung aus dem Basipetal die Finanzen stabilisiert/unterstützt werden können, in den Jahren 26/27 , durch „Rückbuchung“ aus dem Basiskapital, Kapital das der LK in den Jahren 2018 - 2021 gesamt 39 Mio. umgebucht hat. Unserer Kentniss nach bei/ab einer Rücklagensumme von 0 € bzw. ab - 1 € möglich.	Grüne	
G6	Einführung des Mobilpasses für und im Landkreis Göppingen. Die Verwaltung wird beauftragt die Einführung eines Mobilitätspasses auf Basis des Landesmobilitätsgesetzes Baden Württemberg im Jahr 2026 vorzubereiten. Dies kann in Form eines Kfz-Halter:innenbeitrags, alternativ eines Einwohner:innenbeitrags, zwingend jeweils mit Sozial- bzw. Gemeinwohlkomponente in Form von Befreiungen und Ermäßigungen umgesetzt werden. Mit dem Mobilitätspass wurde eine Möglichkeit geschaffen vermehrt auf den ÖPNV umzusteigen. Beim Mobilitätspass erhalten die abgabepflichtigen Personen ein ÖPNV-Guthaben in gleicher Höhe der gezahlten Abgabe, das sie beim Kauf von ÖPNV-Zeitkarten einlösen können. Im Modellprojekt Mobilitätspass des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg war der Landkreis Göppingen eine Modellregion.	Grüne	

Zu G6	<p>Begründung</p> <p>1. auf Basis des Landesmobilitätsgesetzes Baden-Württemberg den Mobilitätspass in Form eines Kfz-Halter*innenbeitrags, alternativ eines Einwohner*innenbeitrags, jeweils mit Sozial- bzw. Gemeinwohlpunkten in Form von Befreiungen und Ermäßigungen umzusetzen, und</p> <p>2. hierzu zeitnah einen Förderantrag beim Land Baden-Württemberg einzureichen. Ziel ist die Einführung des Mobilitätspasses spätestens zum Jahr 2027.</p> <p>Begründung:</p> <p>Mit dem Inkrafttreten des Landesmobilitätsgesetzes im März 2025 wurde bundesweit erstmalig die rechtliche Grundlage für die Einführung eines Mobilitätspasses geschaffen. Seither haben Landkreise, sowie Stadtkreise und Große Kreisstädte in Baden-Württemberg die Möglichkeit, zusätzliche Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu generieren und gleichzeitig Anreize zu setzen, vermehrt auf den ÖPNV umzusteigen.</p> <p>Der Mobilitätspass ist ein neues ÖPNV-Finanzierungsinstrument in Form einer Abgabe, die den abgabepflichtigen Personen direkt zugutekommt. Denn sie erhalten ein ÖPNV-Guthaben in gleicher Höhe der gezahlten Abgabe, das sie beim Kauf von ÖPNV-Zeitkarten einlösen können. Auch das Deutschlandticket kann mit dem ÖPNV-Guthaben verrechnet werden.</p> <p>Bei der Einführung der Abgabe kann sich eine Kommune zwischen zwei Varianten des Mobilitätspasses entscheiden:</p> <p>1. Einem Kfz-Halter*innenbeitrag:</p> <p>Kfz-Halter*innen leisten einen Beitrag für die Verbesserung des ÖPNV. Im Gegenzug bekommen sie ein Mobilitätsguthaben. Dabei gilt: Halter*innen von Fahrzeugen, die Aufgaben im allgemeinen öffentlichen Interesse wahrnehmen (wie etwa Straßenreinigung, Feuerwehr oder Linienbusse) müssen keine Abgabe zahlen. Zusätzlich kann der Landkreis für gewisse Fälle weitere Befreiungen oder Ermäßigungen vorsehen.</p> <p>2. Einem Einwohner*innenbeitrag:</p> <p>Einwohner*innen ab 18 Jahren leisten einen Beitrag für die Verbesserung des ÖPNV und bekommen im Gegenzug ein Mobilitätsguthaben. Ausnahmen und Ermäßigungen zum Beispiel nach sozialen Gesichtspunkten sind vorgesehen.</p> <p>Faire Regeln sind dabei unverzichtbar: Sowohl den Einwohner*innen-, wie auch den Kfz-Halter*innenbeitrag zahlen nur Erwachsene. Beim Kfz-Halter*innenbeitrag kommen Unternehmen und Einrichtungen hinzu. Außerdem sollten bestimmte Gruppen befreit werden, wie etwa Sozialleistungsempfänger*innen, Personen in Ausbildung oder Senior*innen.</p> <p>Die Vorteile für alle Bürger*innen des Landkreises:</p>	Grüne	
	<p>Der Mobilitätspass...</p> <p>- verbessert den ÖPNV vor Ort. Die Einnahmen können etwa in zusätzliche Fahrzeuge, bessere Verbindungen und die Digitalisierung des ÖPNV investiert werden. Das bessere Angebot macht den öffentlichen Verkehr attraktiver – auch für neue Fahrgäste.</p> <p>- reduziert den Autoverkehr. Die Idee: Das eigene Auto bleibt eher stehen, da der ÖPNV durch die Abgabe ausgebaut wurde. Der Verkehr auf den bereits überlasteten Straßen wird dadurch weniger.</p> <p>- erhöht die Lebensqualität. Weniger Autos führen zu weniger Abgasen und Lärm. Zudem wird dann weniger Platz für Fahrzeuge benötigt – zum Beispiel für Parkplätze. Diese Flächen können Städte und Gemeinden dann anders nutzen zum Beispiel für Bäume, Radwege oder Aufenthaltsplätze und Spielgelegenheiten für Kinder. Wer wie viele ältere Menschen und Jugendliche kein Auto fährt, ist dank des besseren ÖPNV-Angebots flexibler unterwegs. Auch das steigert die Lebensqualität und das soziale Miteinander.</p> <p>- macht die Standorte von Unternehmen und Einrichtungen attraktiver. Sie werden durch den Ausbau besser an das ÖPNV-Netz angeschlossen.</p> <p>- schafft einen nutzbaren Gegenwert. Wer eine Abgabe zahlt, bekommt ein Guthaben für den Kauf eines ÖPNV-Tickets in gleicher Höhe</p> <p>- und entlastet dennoch den Kreishaushalt.</p> <p>Wie die Ergebnisdokumentation Modellprojekt Mobilitätspass des Verkehrsministerium Baden-Württemberg zeigt, ist für den Landkreis Göppingen bei einem Kfz-Halter*innenbeitrag von z.B. monatlich 10,00 € ein Gesamt-Netto-Erlös von 11 Millionen €, bei einem monatlichen Beitrag von 15,00 € ein Gesamt-Netto-Erlös von 17 Millionen € zu erwarten.</p> <p>Bei der alternativen Erhebung eines Einwohner*innenbeitrags wurden dabei bei einem monatlichen Beitrag von z.B. 10,00 € ein Gesamt-Netto-Erlös von 21 Millionen und bei einem monatlichen Beitrag von 15,00 € ein Gesamt-Netto-Erlös von 31 Millionen € für den Landkreis Göppingen ermittelt.</p> <p>Quellen und weiterführende Hinweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mobilitätspass für den ÖPNV: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg - Zukunftsnetzwerk ÖPNV Mobilitätspass - Ergebnisdokumentation Mobilitätspass 		

Für die Fraktion: Sabine Daunderer und Hans Zeeb Fraktionsprecher

Sperrfrist 07.11.2026 17.00Uhr